



Wir sind auch an eurer Seite!

Eurer Widerstand gegen die Vernichtung **tausender Arbeitsplätze bei Siemens in Deutschland und in anderen Ländern** hat unsere volle Unterstützung. Im letzten Quartal hat Siemens wieder 3,9 Milliarden Gewinn verbucht. Die vom Siemens-Vorstand verkündeten Maßnahmen sind eine Unverschämtheit.

Anstatt klare Trends bei den globalen Energiethemen zu setzen, wurde die Entwicklung bei Siemens verschlafen. Siemens setzte jahrelang auf Großtechnologie. Und nun: Anstatt hier in neue Arbeitsplätze und in alternative Energien zu investieren und eurer Potential zu nutzen, wird mittlere Energietechnik in den USA für Milliarden dazu gekauft. Statt hier zu investieren, sollen Teile der Produktion nach Budapest und an andere Standorte verlagert werden. Hier sollen wieder Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren.

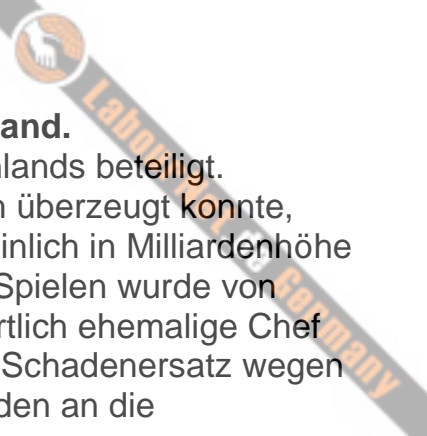
Was bei diesem Vorgehen heraus kommt, ist in Siemensstadt durch EPCOS (Bauelemente), Osram (Glühbirnen), Nokia-Siemens (Telekommunikation) und andere Betriebe hinlänglich bekannt. Diese Arbeitsplätze fehlen den jungen Kollegen.

Statt einem „sozialen Abkaufen“ von Arbeitsplätzen, muss der Kampf um jeden Arbeitsplatz geführt werden!

Es ist gut und wichtig, dass Ihr auf die Straße geht und Euch nicht einschüchtern lasst. Ihr habt die Solidarität auch von Kolleginnen und Kollegen und ihrer Familien mit ähnlichen Erfahrungen

Arbeits  kreis Internationalismus
IG Metall Verwaltungsstelle Berlin

akint-berlin@friends.labournet.de



Aus aktuellem Anlass knüpfen wir eine Verbindung zu Griechenland.

Denn unter anderen ist auch Siemens an der Verschuldung Griechenlands beteiligt. Weil Siemens die griechische Telefongesellschaft nicht technologisch überzeugen konnte, wurde diese mit 70 Mio. Euro bestochen, um einen Auftrag wahrscheinlich in Milliardenhöhe zu bekommen. Und auch bei der Rüstung und bei den Olympischen Spielen wurde von Siemens bestochen, um Aufträge zu bekommen. Der dafür verantwortlich ehemalige Chef der Siemens Landesgesellschaft hat zwar an Siemens 1,2 Mio. Euro Schadenersatz wegen der Bestechungen gezahlt, wird aber nicht von den deutschen Behörden an die griechischen ausgeliefert.

Die riesigen Aufträge für Infrastruktur, Rüstung und Olympiade finanzierte die Finanzindustrie durch Kredite auch zum Vorteil der griechischen Oligarchen. Durch den internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Zentralbank und der europäischen Kommission (alle drei = Troika) wurde der griechischen Klientel-Regierung ein Schuldendienst und eine Kürzungspolitik aufgezwungen.

Angesichts der dadurch angerichteten humanitären Katastrophe haben sich die Griechen im Frühjahr eine neue Regierung gewählt. Diese neue linke Regierung will der Verelendung Einhalt gebieten, keine weiteren sozialen Einschnitte mehr vornehmen und Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten zurücknehmen. Dafür hat sie unsere volle Unterstützung. Über Hilfskredite soll die griechische Regierung wieder gezwungen werden, das Tarifrecht weiter einzuschränken und Kürzungen bei den Sozialversicherungen vorzunehmen. Das alles ist nur angeblich weit weg von uns: die Merkel Regierung und ihr Finanzminister sind die treibenden Kräfte.

Unsere Solidarität gilt Eurem Widerstand gegen die Vernichtung Eurer Arbeitsplätze. Sie gilt auch den griechischen Kolleginnen und Kollegen, die gegen die Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten und die Abschaffung sozialer Errungenschaften kämpfen.

Aus zwei Weltkriegen haben wir außerdem das Erbe übernommen, mit Flucht und Vertreibung menschlich umzugehen.

Wir laden Euch ein am 20. Juni um 13 Uhr ab Oranienplatz Berlin-Kreuzberg mit uns zu demonstrieren.



Aufruf unter

<http://europa-anders-machen.net/aufruf>

Angesichts des brutalen Kürzungszwangs im europäischen Süden und des Massensterbens im Mittelmeer ist die Schmerzgrenze längst überschritten: Statt der einst gepriesenen europäischen Werte von Vernunft, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie herrscht kapitalistischer Wahnsinn.

Am 20. Juni, dem internationalen Weltflüchtlingstag und dem Beginn der weltweiten Griechenland-Solidaritätswoche, wollen wir daher öffentlich auf den Straßen Berlins ausrufen: Dieses Europa agiert nicht in unserem Name. Gemeinsam und international sind wir stark!